

- ★ Konsequente Einhaltung von Lärm- und anderen Schutzbestimmungen bei Baumaßnahmen und zeitige Information über solche Vorhaben an die BewohnerInnen sowie Einrichtung einer Anlaufstelle für Beschwerden
- ★ Vorrang für sozialen Mietwohnungsbau, vorzugsweise genossenschaftlich und Wohnprojekte
- ★ Sitzgelegenheiten ohne Konsumzwang am Hansaplatz, Erhalt des Pissoirs auf dem Hansaplatz sowie der kostenfreien Nutzung der Hansalette an der Stralsunder Straße
- ★ Alle Menschen haben das Recht, sich am Hauptbahnhof und am Hansaplatz aufzuhalten, ohne ständig von Kameras erfasst zu werden
- ★ Weitere Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten, z.B. Tempo 30 auch auf der Langen Reihe und am Steindamm
- ★ Mehr Förderung der Stadtteilkultur (z.B. Geschichtswerkstatt, Kulturladen, Künstler- und Galerienszene im Münzviertel, Nutzung leerstehenden Büroraums durch KünstlerInnen ermöglichen)
- ★ Einbindung statt Ausgrenzung der demokratischen muslimischen/ausländischen Einrichtungen und Vereine im Stadtteil
- ★ Erhalt und Ausbau der Drogenhilfe- sowie der Prostituiertenberatungseinrichtungen anstatt sie kaputt zu kürzen
- ★ Dauerhafte Unterstützung des Projekts Werkhaus im Münzviertel
- ★ Erhalt aller sozialen Einrichtungen im Stadtteil, die z.T. wie das SCHORSCH einen Einzugsbereich weit über den Stadtteil hinaus haben
- ★ Erhalt des Lampedusa-Zelts als Dauermahnwache mit möglichst wenig behördlichen Eingriffen



**Aus St. Georg kandidiert für DIE LINKE 26. Mai 2019 für die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte im Wahlkreis und auf der Bezirksliste Steffen Leipnitz. Im Wahlkreis stehen auch Ina Morgenroth, Charlotte Götzte und Bernhard Stietz-Leipnitz zur Wahl.**

**Wer demokratische Kontrolle, soziale Gerechtigkeit und friedliche Weltoffenheit will, sollte bei den Bezirksversammlungs- und den EU-Wahlen seine Kreuze bei der LINKEN machen!**

**Und mitmachen:**

Jeden ersten Mittwoch im Monat bei der Stadtteilgruppe St. Georg um 19 Uhr in der Geschichtswerkstatt. Und natürlich im Stadtteilbeirat!

**Mehr Informationen:**

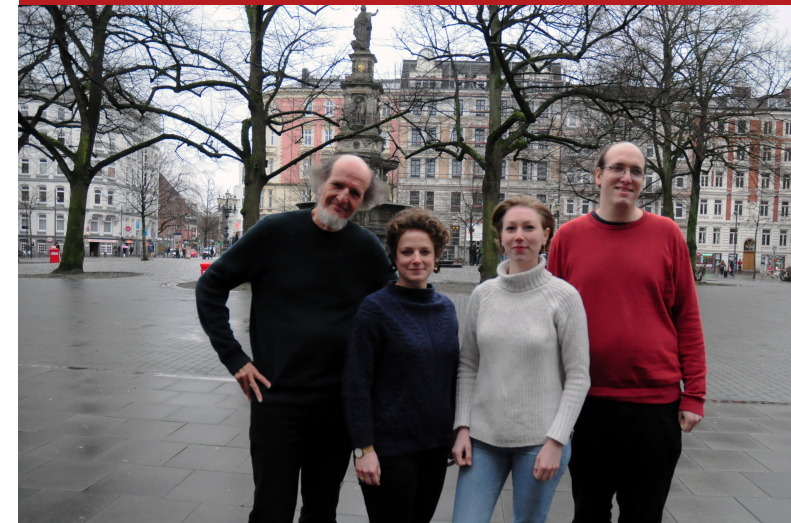
**[www.die-linke-hamburg-mitte.de](http://www.die-linke-hamburg-mitte.de)**

**Impressum:**

Hrsg. Die LINKE Stadtteilgruppe St. Georg,  
ViSdP: Bernhard Stietz-Leipnitz,  
Fotos: Wikipedia, Hermann Jürgens

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**



v.l.n.r. Bernhard Stietz-Leipnitz, Ina Morgenroth, Charlotte Götzte, Steffen Leipnitz

**Für ein solidarisches und weltoffenes St. Georg St. Georg soll ein l(i)ebenswerter Ort für alle sein!**

**D**ie Gentrifizierung St. Georgs schreitet sichtbar weiter voran. Daran hat auch die rot-grüne Regierungskoalition im Senat und in Hamburg-Mitte nichts geändert: Die Mieten steigen un-  
aufhörlich und es ist kein Ende abzusehen. Die Lange Reihe ist schon lange zur Fress- und Touristenmeile avanciert. Die Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung ist inzwischen in St. Georg so weit voran geschritten, dass das Durchschnittseinkommen nach der Hafencity das zweithöchste im Bezirk Mitte ist. Weitere Hotelkomplexe bescheren dem Stadtteil noch mehr Touristenströme als er bisher bereits aushalten musste.

**D**er Hansaplatz hingegen ist einer der wenigen Orte St. Georgs, an dem Menschen mit geringem Einkommen den öffentlichen Raum nutzen können. Dies muss auch weiterhin möglich sein! Auch wenn hier soziale Probleme und Nebeneffekte des Alkoholtrinkens in ihrer ganzen Drastik deutlich werden, auf den ersten Blick möglicherweise sinnvolle Maßnahmen wie ein Glasflaschenverbot liefern letztlich auch einen weiteren Vorwand für polizeiliche Maßnahmen zur Verdrängung von Menschen aus dem öffentlichen Raum. Auch die „Kontaktverbotsverordnung“ ist ein weiteres repressives Instrument, das Freier mit Geldstrafen bedroht, die Prostituierten in die dunklen Ecken drängt und deren Lebens- und Arbeitsbedingungen noch verschlechtert. Das alles wird durch eine Videoüberwachung nicht verhindert, sondern eher verschärft. Lediglich Verstöße können leichter geahndet werden. **DIE LINKE.** lehnt diese Videoüberwachung ab. Wir meinen: Die sozialen Bedingungen müssen für alle Menschen verbessert werden. Das gilt ausdrücklich auch für alle, die hierher geflohen sind. Daher müssen Kultur- und Bildungsangebote für alle ebenso geschaffen werden wie Wohnraum und Arbeitsplätze.

Für sinnvoll halten wir niedrigschwellige Angebote wie das „Tagwerk St. Georg“, Drogenberatungseinrichtungen und Anlaufstellen für Prostituierte. Diese Einrichtungen verbessern die soziale Situation der NutzerInnen am Hansaplatz und nutzen somit auch immer den BewohnerInnen dieses Stadtteils.



**D**ie Lange Reihe wird immer mehr zur reinen Touristenmeile, die kleinen Einzelhändler, die einst das bunte Bild geprägt haben und den AnwohnerInnen eine gute Infrastruktur boten, können die neuen Mietforderungen nicht mehr erfüllen und werden durch allerlei Schickimickiläden und Großketten-Filialen ersetzt.

Mit großem Tamtam wird von Senat und Bezirk (beide rot-grün-regiert) der wohnungspolitische „Vertrag für Hamburg“ beworben und ein Wohnungsprogramm des Bezirks aufgelegt, das jedoch dem großen Bedarf nicht gerecht wird. Es fehlt der ernsthafte Wille, alle Möglichkeiten zu nutzen, wirklich bezahlbaren Wohnraum entstehen zu lassen, weil die Koalition sich nicht mit den gewinnorientierten privaten Wohnungsunternehmen und den skrupellosen Investoren anlegen will. Wenn nur dort, wo die Stadt Einfluss nehmen kann, die im Vertrag für Hamburg vorgesehenen 30 % der Wohnungen öffentlich gefördert werden – dann heißt das in der Realität, dass weiterhin so gut wie alle Bauprojekte allein unter Profitgesichtspunkten vorangetrieben werden und daher viel zu wenige bezahlbare Wohnungen entstehen. Eigentumswohnungen entstehen dagegen ganz von allein, wenn sich die Betongoldmafia kräftige Gewinne ausrechnet - und das ist in St. Georg fast überall der Fall. Wir wollen das ändern!

**Und nicht nur das:** Alle Fragen des Zusammenlebens im Stadtteil müssen öffentlich diskutiert und beschlossen werden. Dafür brauchen wir weiter einen Stadtteilbeirat, der ausreichend finanziert ist, um unabhängig und ohne Vorgaben von oben zu arbeiten. Die schleichende Abwicklung des Stadt-

teilbeirats durch die große Koalition der Schuldenbremser in Mitte von SPDCDUGRUENE werden wir nicht hinnehmen! Die Reduzierung von 10 auf 5 Sitzungen im Jahr muss rückgängig gemacht werden.

**DIE LINKE** will die demokratische Beteiligung ausbauen und eine größere Verbindlichkeit der Beiratsempfehlungen erreichen. **DIE LINKE** steht für BürgerInnenbeteiligung und größtmögliche Transparenz des Verwaltungshandelns.

## Forderungen der LINKEN für St. Georg

### Stadtteilentwicklung für die und mit den BewohnerInnen,

#### das heißt für uns:

- ★ Durchsetzung und Fortschreibung der sozialen Erhaltungsverordnung und Umwandlungsverordnung für den ganzen Stadtteil
- ★ Wer außerhalb des geltenden Planrechts bauen will, muss sich verpflichten, mindestens 50 % öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen, bei Nutzung von öffentlichem Grund 100%!
- ★ Sofortige Nutzung von freiem Wohn- und Gewerberman, Verbot von Leerständen und Fehlnutzungen (ggf. Enteignungen)
- ★ Keine Hotelneubauten im Stadtteil (50 % aller Hamburger Hotel- und Pensionsbetten allein in St. Georg und Umgebung sind mehr als genug!)